

Antrag

der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Wolfgang Schäuble, Christian Schmidt (Fürth), Peter Hintze, Ulrich Adam, Dr. Wolfgang Bötsch, Erich G. Fritz, Klaus-Jürgen Hedrich, Jürgen Herrmann, Thomas Kossendey, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Ursula Lietz, Dr. Gerd Müller, Bernward Müller (Gera), Claudia Nolte, Ruprecht Polenz, Hans Raidel, Helmut Rauber, Dr. Klaus Rose, Volker Rühle, Anita Schäfer (Saalstadt), Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Bernd Siebert, Dr. Hans-Peter Uhl und der Fraktion der CDU/CSU

Die NATO auf die neuen Gefahren ausrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der NATO-Gipfel in Prag am 21./22. November 2002 ist für die Zukunft der Nordatlantischen Allianz von herausragender Bedeutung. Die NATO muss sich den neuen Gefahren stellen, die sich für die Sicherheit ihrer Mitglieder aus zunehmender Instabilität in den europäischen Nachbarregionen, aus wachsendem internationalen Terrorismus, aus zusammenbrechenden Staaten und aus Massenvernichtungswaffen in den Händen unverantwortlicher politischer Führer ergeben. Die Verbindung von internationalem Terrorismus und Massenvernichtungswaffen ist die größte Gefahr für unsere Sicherheit. Um diesen Herausforderungen im Interesse der Sicherheit unserer Bürger erfolgreich begegnen zu können, benötigt die NATO eine umfassende politische Strategie gegenüber den neuen Bedrohungen und moderne militärische Fähigkeiten. Die Bedeutung der Nato als Kernstück der Sicherheit des Transatlantischen Raums ist nach dem 11. September 2001 nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Die Aktivierung von Artikel 5 des Vertrags war richtig und ist angesichts der aktuellen Bedrohungslage Ausdruck unserer anhaltenden Wachsamkeit.

Europa muss dabei zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die wachsende Kluft der amerikanischen und der europäischen Fähigkeiten zu stoppen, die sich inzwischen zu einer Gefährdung des militärischen Zusammenhalts innerhalb der Atlantischen Allianz ausgeweitet hat. Nur gemeinsam mit Amerika kann Europa den neuen Bedrohungen für seine Sicherheit wirksam begegnen. Die NATO muss auch in Zukunft das wichtigste Forum für die Entscheidungsfindung der Partner in Nordamerika und Europa bleiben. Beim Gipfel in Prag muss die NATO ihre Geschlossenheit gegenüber den genannten Herausforderungen zeigen.

Der Deutsche Bundestag kritisiert, dass sich die Bundesregierung mit ihrer Irak-Politik gegenüber den Vereinigten Staaten sowie den wichtigsten Partnern in der Europäischen Union in unverantwortlicher Weise isoliert hat. Dadurch hat sich die Bundesregierung ihre Möglichkeiten, in der Irak-Politik Einfluss auf die USA und die europäischen Partner – insbesondere auf die Ständigen

VN-Sicherheitsratsmitglieder Großbritannien und Frankreich – zu nehmen, verbaut. Der Vertrauens- und Gewichtsverlust Deutschlands in der internationalen Politik ist besorgniserregend. Deutschland wird in der transatlantischen Gemeinschaft nicht mehr als glaubwürdiger und zuverlässiger Partner angesehen, ein wesentlicher Grundkonsens erfolgreicher deutscher Außenpolitik wurde damit verlassen.

Der Deutsche Bundestag stellt mit tiefem Bedauern fest, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch verletzend und beleidigende Äußerungen des Bundeskanzlers und anderer führender SPD-Politiker erheblich gestört worden sind. Der Vorwurf einer kriegerischen Abenteuerpolitik gegenüber dem Irak, den der Bundeskanzler an die Adresse des amerikanischen Präsidenten gerichtet hat, entbehrt nicht jeder Grundlage. Vielmehr hat er in der deutschen Bevölkerung den Eindruck erweckt, als seien die USA gefährlicher als die von den Massenvernichtungswaffen des Iraks ausgehende Bedrohung. Das hat die über Jahrzehnte gewachsene deutsch-amerikanische Freundschaft beschädigt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die deutsch-amerikanischen Beziehungen so schnell wie möglich wieder besser werden. Dafür muss der Bundeskanzler bei seinem ersten Zusammentreffen mit Präsident George W. Bush beim NATO-Gipfel in Prag am 21./22. November 2002 auf geeignete Weise die anti-amerikanischen Äußerungen seiner Regierung korrigieren;
2. alles zu tun, dass die NATO in Prag ein Bild der Geschlossenheit in ihrem Vorgehen gegen die neuen Gefahren abgibt. Insbesondere muss die Bundesregierung zu einer gemeinsamen Position der Allianz gegenüber dem Irak beitragen. Dafür muss sie ihre selbstverschuldete Isolierung aufgeben, den Kurs ihrer Irak-Politik korrigieren und sich wieder in das Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft in den Vereinten Nationen einreihen: Sie muss sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass im Irak wirksam und lückenlos sichergestellt wird, dass der von den Vereinten Nationen geforderte und vom Irak fortwährend gebrochene bedingungslose Verzicht auf Erwerb und Entwicklung von Massenvernichtungswaffen gewährleistet wird und bereits produzierte Waffen vernichtet werden. Das muss einschließen, dass die Bundesregierung ernste Konsequenzen, die die Völkergemeinschaft bei einem Zuwiderhandeln des Iraks ergreift, voll mitträgt. Ziel muss es sein, einen Krieg zu vermeiden. Mit ihrer Verweigerungspolitik bewirkt die Bundesregierung jedoch das Gegenteil;
3. darauf zu drängen, dass es im Bündnis möglichst bald zu einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse mit abgestimmten Schlussfolgerungen kommt, mit welchen Strategien und mit welchen militärischen Fähigkeiten und Strukturen die Allianz die Sicherheit ihrer Mitglieder gegen die neuen Bedrohungen schützen will, die von hochgerüsteten und skrupellosen Gegnern wie al Qaida oder Saddam Hussein ausgehen. Unsere Sicherheit kann heute an jedem Punkt der Erde herausgefordert sein; dieser Herausforderung muss sich die NATO stellen. Der Deutsche Bundestag fordert in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, das Projekt einer schnellen Eingreiftruppe, mit der das Bündnis auf Bedrohungen durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen reagieren soll, zu unterstützen. Dabei muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die dafür notwendigen Fähigkeiten geschaffen und finanziert werden, wofür die Bundeswehr mehr und nicht wie in der Planung vorgesehen weniger Geld erhalten muss. Die NATO-Eingreiftruppe muss möglichst bald einsatzfähig werden und Deutschland sollte hierzu substanzielle Beiträge leisten. Gleichzeitig muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Krisenreaktionskräfte der ESVP endlich in ihrem vollen

Aufgabenspektrum einsatzfähig werden. Es muss zu sinnvollen komplementären Ergänzungen der beiden Strukturen kommen. Die Bundesregierung muss die finanzielle Grundlage für die sichere und verlässliche Ausführung der gegenüber NATO und EU eingegangenen Verpflichtungen schaffen, besonders im Bereich der Transport- und Aufklärungskapazitäten;

4. sich dafür einzusetzen, dass die NATO gegenüber den Ländern des Nahen Ostens, des Persischen Golfs und Zentralasiens ihre Bereitschaft anbietet, durch Dialog und Zusammenarbeit einen eigenen Beitrag zur Stabilisierung der Region zu leisten. Dabei sollten neben der politischen Zusammenarbeit die aktive Unterstützung des Aufbaus demokratischer Strukturen, etwa durch die Arbeit der politischen Stiftungen, die Öffnung der Märkte und der Ausbau des Handels eine ebenso wichtige Rolle spielen wie ein intensiverer Dialog der Kulturen;
5. sicherzustellen, dass Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien zum Beitritt in die NATO eingeladen werden. Der Deutsche Bundestag ist überzeugt davon, dass die Erweiterung des Bündnisses um diese Staaten die Stabilität in ganz Europa erhöhen und zugleich die Fähigkeit der Allianz verbessern wird, den neuen Bedrohungen zu begegnen. Die NATO muss auch weiterhin für die Mitgliedschaft weiterer Länder Europas offen sein, sobald diese die notwendigen Voraussetzungen erfüllt haben;
6. sich dafür einzusetzen, dass die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland intensiviert und ausgebaut wird, damit Russland fest in einer globalen Koalition gegen die neuen Risiken eingebunden bleibt.

Berlin, den 12. November 2002

Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Wolfgang Schäuble
Christian Schmidt (Fürth)
Peter Hintze
Ulrich Adam
Dr. Wolfgang Bötsch
Erich G. Fritz
Klaus-Jürgen Hedrich
Jürgen Herrmann
Thomas Kossendey
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Ursula Lietz
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Gera)
Claudia Nolte
Ruprecht Polenz
Hans Raidel
Helmut Rauber
Dr. Klaus Rose
Volker Rühle
Anita Schäfer (Saalstadt)
Bernd Schmidbauer
Dr. Andreas Schockenhoff
Bernd Siebert
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

